



**Solidarité
sans frontières**

SEITE 3

Pylos

Sechs Monate
nach dem Mas-
saker

SEITEN 7 – 10

Dossier: Teilhabe statt Ausgrenzung

Die Bewegung,
die Parteien, die
Medien

SEITEN 15 – 16

Samson Yemane

Kampf gegen
heuchlerische
Politik



Editorial

Es gelte jetzt erst recht, «der diffusen Angstmacherei und der menschenverachtenden Haltung der SVP entgegenzutreten» schreibt ein Vorstandsmitglied von Solidarité sans frontières gleich nach den Wahlen vom 22. Oktober. Damit hat er recht. Die Wahlen zeigten: der rassistische Diskurs der SVP gegen Geflüchtete und Migrant:innen brachte Rechtsextreme an die Urnen. Und setzte die anderen Bürgerlichen stark unter Druck: Keine 24 Stunden später forderten FDP und Mitte eine restriktivere Asylpolitik. Es scheint wieder einmal, als hätte die SVP die parlamentarische Schweiz im Griff.

Die Zivilgesellschaft und Journalist:innen? Ausgesperrt. Jene, die etwas über die Zustände erzählen könnten: eingesperrt und abgeschottet. Die Bundesasylzentren, aber auch das System der Nothilfe in der Schweiz, folgen einer ähnlichen Logik.

Als am 14. Juni 2023 bei Pylos vor der Küste Griechenlands ein Boot sank und über 600 Menschen starben, war die Empörung gross. Nun, ein paar Monate später, ist die Aufmerksamkeit abgeflacht und wieder dominieren die Abschottungsfantasien den Diskurs. Doch für die Überlebenden geht es weiter. Neun von ihnen sind angeklagt, unter anderen

Antworten. Übrigens auch in der Klimapolitik. Wie kann es sein, dass eine Partei von Klimaleugnern gewinnt? Wo die übrigen Bürgerlichen stehen, machten nach den Wahlen schnell deutlich. Sie suchen in der Asylpolitik die Schuld an ihrer Niederlage. Verantwortlich für diese ist aber ihre mangelnde Haltung und ihr Opportunismus gegen rechts. Das sagt im Gespräch auch Albina Muhtari, Chefredaktorin vom migrantischen Onlinemagazin «baba news». Es werde «zu wenig vehement Gegensteuer gegeben». Um Gegensteuer geben und eigene Akzente setzen geht es im Dossier «Teilhabe statt Ausgrenzung». Dort suchen wir Handlungsräume statt Ausreden!

In die gleiche Richtung argumentiert auch Politiker und Aktivist Samson Yemane, der bei der SP aber auch beim Eritreischen Medienbund Schweiz tätig ist. Gemeinsam mit ihm hat Sosf gegen die menschenverachtende Motion von Damian Müller Position ergriffen, die die weitere Auslagerung der Asylverfahren zum Ziel hat. Yemane bezeichnet solche Initiativen als das was sie sind: «skandalös und heuchlerisch». Gerade in dunklen Zeiten müssen wir uns dagegen gemeinsam wehren. Hoffentlich Seite an Seite und mit der Unterstützung von möglichst vielen von Ihnen, liebe Leser:innen.

(Ln) und (Pf)

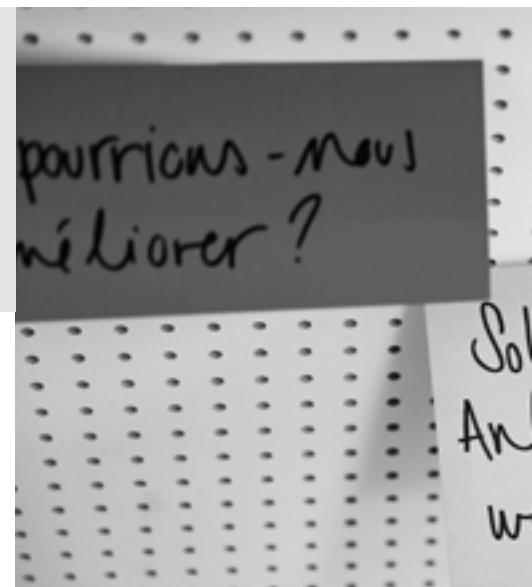
«Gerade in dunklen Zeiten müssen wir uns dagegen gemeinsam wehren. Hoffentlich Seite an Seite und mit der Unterstützung von möglichst vielen von Ihnen, liebe Leser:innen.»

Ihre aggressive Politik führt zu einer weiteren Normalisierung von Rassismus und einem immer gewaltvoller werdenden Migrationsregime. Jene, die das am stärksten spüren: von Rassismus betroffene Personen und migrantische Gemeinschaften. Sie merken zuerst, was es bedeutet, wenn Politiker:innen sogenannte Hotspots fordern. Hunderte Menschen, sind schon heute in «Closed Controlled Access Centres» in Griechenland zusammengepfercht, wo sie unter Nahrungsmittelknappheit leiden.

wegen Beihilfe zur unerlaubten Einreise («Schmuggel») und der Verursachung des Schiffbruchs. Ihnen droht eine Verurteilung zu hunderten Jahren Haft. Es ist die Logik der Politik der SVP: An (fast) allen Problemen schuld sind Migration und Migrant:innen. Doch im Fall von Pylos organisieren sich Überlebende und Aktivist:innen und wehren sich dagegen, wie der Text auf Seite drei aufschreibt.

Die nationalen Wahlen der Schweiz zeigen: Es braucht gemeinsame und starke

Die Fotos in diesem Bulletin stammen von Eric Roset. Sie wurden an der Konferenz «Teilhabe statt Ausgrenzung» am 23. September 2023 im Berner Generationenhaus aufgenommen.



Das Massaker von Pylos und was darauf folgte

«Über 600 Personen starben an dem Tag, aber das Pylos Massaker ist kein isoliertes Ereignis. Es ist die Konsequenz der von der Europäischen Union implementierten Migrationspolitik». Mit diesem Zitat beginnt eine Broschüre der «Offenen Versammlung gegen Grenzgewalt Lesbos». Am 14. Juni ereignete sich vor der griechischen Küstenstadt Pylos auf der Halbinsel Peloponnes ein Massaker: Obwohl zahlreiche Küstenwachen während Stunden über ein hoffnungslos überfülltes Boot in Seenot vor der griechischen Küste informiert waren, wurde es versäumt, das Boot zu retten. Die Adriana sank. Über 600 Menschen starben.

«Das folgt einem Muster: In Griechenland werden von jedem migrantischen Boot mindestens zwei Personen festgenommen, angeklagt und oft in Schnellverfahren verurteilt.»

Die Lügen

Entgegen zahlreicher Beweise, behauptete die griechische Küstenwache, das Boot sei nicht in Seenot gewesen. Zudem hätten die Passagiere angebotene Hilfe verweigert. Überlebende widersprechen dieser Darstellung. Hinzu kommt die Verpflichtung der Küstenwache, ein Boot zu retten, das objektiv betrachtet in Seenot ist. In diesem Fall betrachtete sogar die Agentur für Europäische Grenz- und Küstenwache, Frontex, die Situation als Notfall. Sie informierte Griechenland bereits am Vormittag vom 13. Juni über das Boot. Und bereits um 11:00 Uhr, also über 12 Stunden bevor die Adriana sank, informierte die italienische Seenotrettungsstelle (MRCC Rom) die griechische Küstenwache darüber, dass zwei Kinder auf Deck der Adriana gestorben seien. Zudem behaupteten die griechischen Behörden, dass die Adriana weiterhin gut vorwärts

kam. Auch das erwies sich als falsch. Wie ein Blick auf der digitalen Schifffahrtsplattform Marine Traffic zeigt, versammelten sich während mehreren Stunden verschiedene Handelsschiffe um einen spezifischen Punkt: der auf dem Meer treibenden Adriana. Während Stunden bewegte sich die Adriana kaum. Verschiedene Überlebende berichteten zudem, dass es das Vorgehen der Küstenwache war, welche das Boot zum Sinken brachte. Dies, als die Küstenwache versuchte, das Boot mit einem Seil zu ziehen. Die Küstenwache bestritt das zuerst vehement, musste aber nach der Veröffentlichung entsprechender Fotos eingestehen, dass es einen Versuch gab, das Boot zu ziehen. Dieser habe jedoch zwei Stunden vor dem Sinken stattgefunden, hiess es dann.

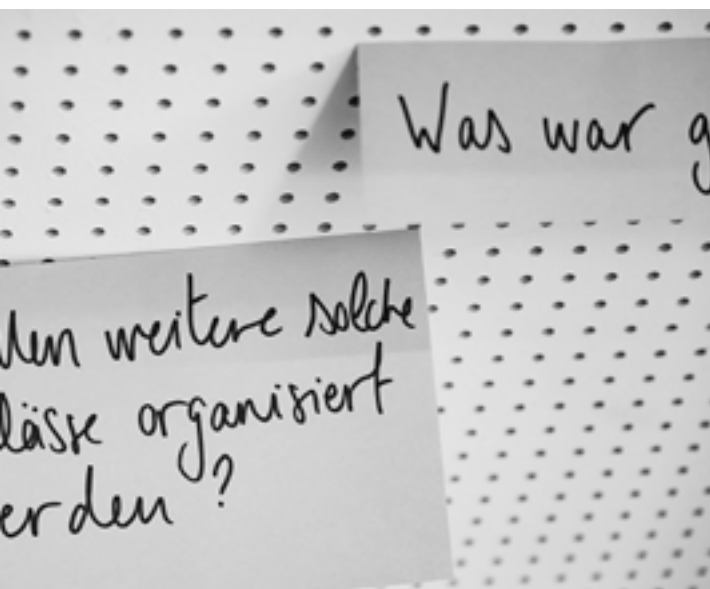
Überlebende werden kriminalisiert

Nach der Rettung wurden jene, die überlebten, ins Malakassa Camp ausserhalb von Athen gebracht. Dort unterlagen sie strikten Ein- und Austrittsregeln. Die Fotos und Videos von Überlebenden hinter Gittern gingen um die Welt. Laut Aussagen von Überlebenden wurden zudem ihre Aussagen verfälscht oder Teile davon nicht aufgenommen. Und nur einen Tag nach dem Schiffsunglück wurden neun ägyptische Staatsangehörige festgenommen und der Öffentlichkeit als «Schmuggler» präsentiert. Die Vorwürfe gegen sie: Beihilfe der illegalen Einreise, Verursachung eines Schiffsunglücks, Bildung einer kriminellen Organisation, illegale Einreise und fahrlässige Tötung und Gefährdung des Lebens der Passagiere. Das folgt einem Muster: In Griechenland werden von jedem migrantischen Boot mindestens zwei Personen festgenommen, angeklagt und oft in Schnellverfahren verurteilt. Die Strafen sind astronomisch – wenn es auf der Überfahrt Todesfälle gab, dann übersteigen sie auch einmal 300 Jahre. Wie ein im Sommer 2023 erschienener Bericht der Nichtregierungsorganisation Borderline-Europe festhielt, sind in Griechenland 2154 Personen wegen solcher Verfahren inhaftiert (gemessen im Februar 2023). Es ist die zweitgrösste Personengruppe in griechischen Gefängnissen.

Gegensteuer geben

Im Fall von Pylos wird nun Unterstützung mobilisiert. Dutzende Anwält:innen schlossen sich in der «Initiative von Anwält:innen und Jurist:innen für das Schiffsunglück von Pylos» zusammen, um die Angeklagten zu verteidigen. Zudem reichten 40 Überlebende eine Strafanzeige gegen verantwortliche Behörden beim Marinegericht im Athener Stadtteil Piräus ein. Dabei geht es nicht nur darum, Aufklärung zu fordern und Kriminalisierung zu bekämpfen, sondern auch darum, sich den griechischen Behörden aktiv entgegenzustellen. Die Überlebenden, Angehörigen und die bewegte Zivilgesellschaft gemeinsam. Eine genauso nötige wie unterstützenswerte Initiative.

(Ln)



Gewaltvolles Regime

Innere Grenzen: Nothilfecamps

In den seit 20 Jahren existierenden Nothilfecamps werden abgewiesene, geflüchtete Personen isoliert. Diese Camps sind gewaltvolle, innerstaatliche Grenzziehungen der Schweiz und gehören abgeschafft.

Info:

Dieser Artikel beruht auf Simone Martis Ethnografie «Innere Grenzziehungen. Das Nothilferegime im schweizerischen Asylsystem», 2023, Transcript.

Harsha Walia erforscht aktuelle Regierungsstrategien im Globalen Norden zur Aufrechterhaltung nationalstaatlicher Grenzen (2021). Sie beschreibt neben der stetigen Auslagerung (Externalisierung) von Grenzen auch interne Grenzziehungen. Grenzen sind nicht einfach Linien, die Länder voneinander trennen, sondern sie sind elastisch und vor allem für illegalisierte Personen jederzeit und überall spürbar. Nach Walia zeigen sich internalisierte Grenzen, wenn die betroffenen Personen innerhalb eines Staatsgebiets überwacht, kontrolliert und diszipliniert werden. Die Nothilfecamps der Schweiz sind ein perfektes Beispiel dafür.

Grenzspektakel: die bedrohlichen «Anderen»

An der Medienkonferenz zur Eröffnung des ersten Nothilfecamps 2004 auf dem Jaunpass sagte die Berner Regierungsrätin Dora Andres, dass es im Camp Nahrungsmittel gebe, damit sich die «Abgewiesenen» etwas kochen könnten, eine strenge Hausordnung, eine Rayon-Beschränkung, also ein klar definiertes Gebiet, in dem sie sich aufhalten dürften, und zwei Aufsichtspersonen, die rund um die Uhr für Ordnung sorgten.

«Die Zimmer in den Camps sind klein und eng und es gibt keine Privatsphäre, denn es leben mehrere Personen in den Zimmern und das Personal kann diese jederzeit kontrollieren.»

Sowohl gegenüber den Personen, die illegalisiert sind, als auch gegenüber der Bevölkerung markieren die Nothilfecamps innerstaatliche Grenzen: Die Camps werden oft an abgeschotteten Orten eröffnet, mit Zäunen umgeben, durch Kameras überwacht oder von Sicherheitsdiensten kontrolliert. Sie werden als Bedrohung inszeniert. Auch die Personen, die darin leben müssen, wirken dadurch bedrohlich. Sie werden eingesperrt und in ihrem Menschsein unsichtbar gemacht. Mit diesem Vorgehen wird die rassistische Praxis einer grösstmöglichen Differenz zwischen einem (schützenswerten) «Wir» und einem (gefährlichen) «Anderen» geschaffen.

Die Logik der Camps

Die Zimmer in den Camps sind klein und eng und es gibt keine Privatsphäre, denn es leben mehrere Personen in den Zimmern und das Personal kann diese jederzeit kontrollieren. Die Toiletten werden von vielen benutzt, die Küchen sind nur karg eingerichtet und es fehlt oft an Tischen oder Stühlen, um sich darin aufzuhalten. «Alle haben viele Gedanken im Kopf, der eine möchte Musik hören, der andere schlafen, jemand anderes möchte telefonieren, alles im gleichen kleinen Zimmer. Das ist sehr schwierig und niemand kann gut schlafen. Im Camp kannst du nichts machen, nur warten, warten und viel denken.» So beschreibt es eine abgewiesene Geflüchtete an einer Demonstration gegen das herrschende Asylsystem. Das ist auch der Grund, weshalb es den Menschen auf Dauer psychisch schlechter geht, so die Analyse von Yusuf, der lange in einem Camp lebte: «Es ist ein Ort, an dem die Person gebrochen wird (...) Du isst, du wachst morgens auf, du gehst an den Schalter, um zu unterschreiben, du kommst zurück, du schläfst, danach schaust du fern, du isst, du schläfst wieder. Also das ist es, das Leben in der Nothilfe. Es ist kein Leben ... Es gibt Leute, die deshalb den Verstand verlieren.»

Die Aufgabe der kantonalen Migrationsbehörden ist es, die Camps so einzurichten, dass das «festgelegte Setting dazu beiträgt, dass Ausreisepflichtige sich rasch darum bemühen, selbstständig die Schweiz zu verlassen». So steht es im kantonalen Leistungsvertrag. Die Personen in den Camps wissen darum, so zum Beispiel Mitra. Er hat bereits in mehreren Nothilfecamps gelebt, einmal auch inhaftiert aufgrund «illegalem» Aufenthalt. Er erklärt: «Die Behörden machen viel Druck. Wir müssen aufpassen, denn sie wollen uns kaputt machen. Sie wollen, dass wir sagen: «Ich gehe weg von diesem Land.» Das ist ein psychologischer Krieg! Man muss stark sein.» Die Mittel, welche in diesem psychologischen Krieg eingesetzt werden, sind die dauernde Kontrolle und eine Reihe von «Erniedrigungen, Degradierungen, Demütigungen und Entwürdigungen», so der Soziologe Goffman zu der Praxis in totalen Institutionen. Totale Institutionen sind nach Goffman von der Gesellschaft abgegrenzte Orte, in denen die Aktivitäten des Lebens meist unfreiwillig unter einer Autorität stattfinden und nach deren Vorgaben und Interessen zu funktionieren haben. So wie die Nothilfecamps. Die Camps werden nicht von



den Behörden selbst geführt, sondern von privaten und nicht-staatlichen Organisationen. Deren Aufgabe ist es, die abgewiesenen Geflüchteten so zu formen, dass sie sich der Logik der Camps unterwerfen. Hausordnungen und Privilegien- und Bestrafungssysteme sind zentrale Mittel in der Umsetzung dieses staatlichen Auftrags. Die Ordnungssysteme werden von den Camp-Mitarbeitenden durchgesetzt, überwacht und prominent gemacht. So wurde beispielsweise eine neunseitige Hausordnung in einem Nothilfecamp an die Wand gepinnt. In der Hausordnung werden Nachtruhe, Bezug von Sachleistungen, Küchenbenutzungszeit, Besuchszeiten, manchmal die Aufenthaltsverbote ausserhalb des Camps und immer die Präsenzzeiten geregelt: «Die Präsenzkontrolle findet täglich von 22.30 bis 23 Uhr statt. Für jeden Tag der Abwesenheit wird Essen im Betrag von 6 Fr. abgezogen.»

Die Präsenzpflcht ist ein wichtiges Instrument für die Durchsetzung der Ordnung im Camp. Denn die überwachte Anwesenheitspflicht verhindert Mobilität, soziale Beziehungen und Vernetzung. Zudem zwingt sie zur Untätigkeit und verhindert eine autonome Alltagsgestaltung. Sie wird auch genutzt, um die Nothilfebedürftigkeit der Personen immer wieder in Frage zu stellen, wie aus der Nothilfeweisung des Kantons Bern 2023 hervorgeht: «Die zwingende Anwesenheitspflicht bedeutet, dass sich die Nothilfebeziehenden an sieben Tagen die Woche im Rückkehrzentrum aufhalten und dort übernachten. Bei Personen, die nicht im Rückkehrzentrum übernachten, vermutet das Amt, dass sie (...) nicht bedürftig sind.»

Ein weiteres wichtiges Instrument zur Durchsetzung der Hausordnung sind (Reinigungs-)arbeiten, die im Camp erledigt werden müssen. Sie dauern meist nur ein bis zwei Stunden, denn die Personen in der Nothilfe unterliegen einem Arbeitsverbot und ihnen soll keine Tagesstruktur geboten werden. Um diese Arbeitsschichten herum wird ein Privilegien- und Sanktionssystem aufgebaut. Wer nicht mitarbeitet, erhält keine Privilegien

(beispielsweise keine Aussicht auf ein Zimmer mit weniger Personen). Wer die Arbeiten nicht zur Zufriedenheit oder innerhalb eines vorgegebenen Zeitfenster verrichtet, erhält weniger Nothilfegeld. So werden die Personen in den Camps gegeneinander ausgespielt, was wiederum

«Die Präsenzpflcht ist ein wichtiges Instrument für die Durchsetzung der Ordnung im Camp. Denn die überwachte Anwesenheitspflicht verhindert Mobilität, soziale Beziehungen und Vernetzung.»

dazu führt, die überwachten Personen zu vereinzeln und der herrschenden Ordnung auszuliefern.

Abschaffung der Camps

Das Nothilfesystem immobilisiert die Menschen und unterwirft sie durch Kontrolle und Disziplinierung der Institution. Die Logik, die einerseits die Persönlichkeit der einzelnen Person angreift und andererseits Menschen zu bedrohlichen Anderen macht, gründet also auf Unterwerfung, Entwürdigung und Entmenschlichung.

Deshalb ist eine abolitionistische politische Praxis sinnvoll. Das Ziel muss die Abschaffung – nicht die Reform – dieser Camps sein. Dies gelingt mit einer Perspektive der Bewegungsfreiheit für alle, wie Augustin es nach einer Polizeikontrolle gleich ausserhalb des Nothilfecamps, in dem er lebte, erläuterte: «Und wenn du rausgehst, bist du illegal. Aber ich habe den Polizisten gesagt, dass es hier keine «Illegalen» gibt. Ich bin nicht illegal, ich bin legal. Weil ich Weltbürger bin!»

Simone Marti

Migrant Solidarity Network,
#abolishcamps

Übersicht zur Situation in unterschiedlichen Kantonen

Arbeitszwang und Ausbeutung im Asylwesen?

Teller waschen, Hemden bügeln, Brennholz hacken, Neophyten bekämpfen – in Schweizer Asylzentren arbeiten Tausende Asylsuchende als billige Arbeitskräfte für das Schweizer Gemeinwohl. In sogenannten Beschäftigungsprogrammen verrichten Asylsuchende zu Tiefstlöhnen oder gar umsonst eine breite Palette von Arbeiten.

Das Magazin Surprise hat in Zusammenarbeit mit dem Recherchekollektiv WAV alle 26 Kantone angeschrieben und danach befragt, wie sie Beschäftigungsprogramme für Asylsuchende in den kantonal geführten Asylzentren handhaben. Nach der Auswertung der Daten und Gesprächen mit Asylsuchenden aus den Kantonen Genf, St. Gallen und Zürich offenbart sich ein System, dass wenigstens vier problembehaftete Merkmale aufweist.

Uneinheitlichkeit

Während in den Bundesasylzentren schweizweit einheitliche Regeln gelten, haben die Kantone eigene Richtlinien für die Betreuung von Asylsuchenden in kantonalen Unterkünften. In den drei besuchten Kantonen Genf, St. Gallen und Zürich schafft der Schweizer Föderalismus grundlegend unterschiedliche Ausgangslagen für Asylsuchende. Ist der Stundenlohn für Beschäftigungsprogramme in Zürich bei 3 Franken angesetzt, erhalten Asylsuchende in St. Gallen für die Teilnahme gerade mal 1.5 Franken. In Genf erzählt uns ein Asylsuchender, der im Reinigungsbereich ein Praktikum absolviert, von einem Stundenlohn von 3.75 Franken.

Ein Blick auf die restlichen 23 Kantone unterstreicht den Eindruck: 15 Kantone bezahlen zwischen 1 und 5 Franken Stundenlohn, einige machten keine Angaben und im Jura werden gar keine Beschäftigungsprogramme angeboten. In Graubünden können Asylsuchende für «Hilfsarbeiten» bis zu 12 Franken pro Stunde verdienen, während in Bern die Teilnahme an Beschäftigungsprogrammen gar nicht vergütet wird. Die Begründung des Kantons auf unsere Nachfrage: «Bezahlte Arbeit im ersten Arbeitsmarkt ist bewilligungspflichtig.» Diese Auslegung der Beschäftigungsprogramme ist ein Einzelfall, Entschädigungsbeiträge sind schweizweit der Standard. Besonders stossend ist im Kanton Bern, dass

die Teilnahme an den Beschäftigungsprogrammen – obschon sie nicht entschädigt werden – verpflichtend ist. Melanie Studer, Dozentin am Institut für Sozialarbeit und Recht an der Luzerner Hochschule (HSLU) hält das für fragwürdig: «Eine Verpflichtung zur Teilnahme an unvergüteten Beschäftigungsprogrammen ist problematisch hinsichtlich des Zwangsarbeitsverbotes. Gerade in Kombination mit der Alternativlosigkeit für Asylsuchende, irgendwie Geld zu verdienen.»

Sanktionen

Insgesamt drohen Asylsuchenden in mindestens 10 Kantonen Sanktionen, falls sie die Arbeit verweigern. In den Kantonen St. Gallen und Zug sind Zentrumswechsel Teil des Sanktionsregimes. In erster Linie handelt es sich bei den Sanktionen aber um finanzielle Disziplinar massnahmen; so kann den Asylsuchenden im Kanton St. Gallen 1.50 Franken pro verweigerter Stunde Arbeit von der Asylsozialhilfe abgezogen werden. Das ist für Asylsuchende unter Umständen verheerend, sind doch die meisten finanziell von der Asylsozialhilfe abhängig. Melanie Studer mahnt, dass die diese oft nicht viel höher sei als die Nothilfe und dass eine finanzielle

«Insgesamt drohen Asylsuchenden in mindestens 10 Kantonen Sanktionen, falls sie die Arbeit verweigern.»

Sanktionierung deshalb unter Umständen das Recht auf Nothilfe verletzen könnte. Entgegen den Sanktionen fordert sie: «Freiwilligkeit und die Rücksichtnahme auf individuelle Fähigkeiten muss im Rahmen von Beschäftigungsprogrammen stärker in den Vordergrund gerückt werden. Es braucht höhere Entschädigungen, gerade für Jobs, die sonst unter normalen Arbeitsbedingungen erledigt werden.»

Rechtliche Unschärfe

Bei den Arbeiten innerhalb und ausserhalb von Asylzentren handelt es sich oft um niedrig qualifizierte Jobs ohne Ausbildungscharakter, die sich unter Umständen nicht grundlegend von Erwerbstätigkeit unterscheiden. Interne Programme

umfassen meist Reinigungs-, Unterhalt- und Küchenarbeiten, aber auch Coiffure und Kinderbetreuung. Externe Arbeiten sind oft Landschafts- und Holzarbeiten, Jobs in Metallwerkstätten oder Reinigungsdiensten. Die auf Sozialhilferecht spezialisierte Anwältin Rausan Noori sagte gegenüber der WOZ mit Bezug auf die Beschäftigungsprogramme in Bundesasylzentren: «Umzugs- und Reinigungsarbeiten etwa werden in der Schweiz üblicherweise sehr wohl finanziell entschädigt.» Während für diese Arbeiten im ersten Arbeitsmarkt branchenübliche Löhne, die keineswegs hoch sind, bezahlt werden, arbeiten Asylsuchende für einen Bruchteil davon. Je nach Fall könnten Beschäftigungsprogramme als Erwerbstätigkeit betrachtet werden, was jedoch von verschiedenen Faktoren abhängt, wie zum Beispiel dem wirtschaftlichen Nutzen für den Betrieb, für den Asylsuchende arbeiten, so Noori.

Intransparenz

Dass sich Stellungnahmen von Behörden nicht mit den Aussagen von Asylsuchenden decken oder sich sogar widersprechen, war in dieser Recherche wiederholt der Fall. Zudem hatten wir immer wieder Schwierigkeiten, an Informationen zu gelangen. In Zürich landeten wir in einem unübersichtlichen Paragraphenwald, der Kanton Glarus liess unsere Anfragen bis zuletzt unbeantwortet und von einigen Behörden bekamen wir erst auf mehrmaliges Nachfragen hin Antworten. Arbeit und Asyl ist

ein unsichtbares Thema in der Schweiz, dabei wäre es durchaus wichtig, über die Gefahren von Arbeitszwang und Ausbeutung in Asylzentren zu diskutieren und den Zugang zum Arbeitsmarkt für Asylsuchende zu überdenken.

Reto Naegeli, Sophie Hartmann

Dieser Artikel erschien in vollständiger Version im Magazin Surprise. Er entstand in Kooperation mit dem unabhängigen Schweizer Recherchekollektiv WAV (wav.info). Die Recherche wurde mit Unterstützung des JournaFONDS und des Surprise Recherchefonds recherchiert und umgesetzt.

Dossier: Konferenz «Teilhabe statt Ausgrenzung!»: Die Bewegung, die Parteien, die Medien

Einen Monat vor den Wahlen organisierte Sosf eine Konferenz mit dem Titel «Teilhabe statt Ausgrenzung!». Ihr Ziel war es, die tägliche Arbeit der Basisgruppen der Asyl- und Migrationsbewegung in den Vordergrund zu stellen und eine Brücke zwischen der Bewegung, den Parteien und den Medien zu schlagen. Dieses Dossier ist ein kritischer Blick auf diesen Tag.

Die Bewegung

Gemeinsam sind wir stark

An diesem 23. September fanden mehr als sechzig Personen, die gut zwanzig Vereine, Gruppen oder Kollektive repräsentierten, im Berner Generationenhaus zusammen. Wir trafen uns hauptsächlich mit Personen und Organisationen, die über Erfahrungen auf dem Terrain verfügen. Sei es in gewerkschaftlichen Kämpfen, aber

präsent waren. Diese Zusammensetzung ermöglichte es, gemeinsame Perspektiven zu entwickeln, obwohl die Anwendung der Gesetze und die Praxis der Verwaltungen von Kanton zu Kanton unterschiedlich sind.

Erkenntnisse dieses Tages waren, dass es wichtig ist, sich über die Kämpfe in den Nachbarkantonen auf dem Laufenden zu halten, und dass es notwendig ist, aus den täglichen Kämpfen auszubrechen und sich einen Moment Zeit zu nehmen, um Bilanz zu ziehen und Menschen mit unterschiedlichen Hintergründen zu treffen. Die von den einen errungenen Siege können als Vorbild für die Kämpfe der anderen dienen. Sosf hat zwar nicht den Anspruch und auch nicht die Mittel, eine Dachorganisation der Asylbewegung zu sein. Aber die Organisation von Plattformen, wie sie diese Konferenz bietet, oder die

«Aber die Organisation von Plattformen, wie sie diese Konferenz bietet, oder die Organisation von nationalen Demonstrationen, bleibt ein Herzstück unseres Engagements in der Bewegung für Migrationsgerechtigkeit.»

auch an der juristischen Front, bei Besuchen in eidgenössischen oder kantonalen Lagern oder in der Beratung und Begleitung von Personen im Asylverfahren oder mit illegalem Aufenthaltsstatus. Diese Sichtweisen orientieren sich alle stark an Realitäten und Erfahrungen von Menschen, die von Migrationsgesetzen betroffen sind, die ebenfalls durch verschiedene Stimmen

Organisation von nationalen Demonstrationen, bleibt ein Herzstück unseres Engagements in der Bewegung für Migrationsgerechtigkeit.

(Sg)

Die Parteien

Übersetzungsarbeit von der Bewegung ins Parlament

Wir traten an die gewählten Vertreter:innen der Parteien der institutionellen Linken heran, um sie zur Teilnahme an der Konferenz einzuladen. Nur Wenige sind dem Aufruf gefolgt. Wahljahr hin oder her, das sagt einiges aus. Unsere Analyse.

Es gibt offensichtlich eine Distanz zwischen den Parteien und den Basisgruppen der Bewegung für Migrationsgerechtigkeit. Diese Distanz hinterlässt ein politisches und mediales Vakuum. Das Ergebnis der Wahlen im Oktober zeigt dies: Die fremdenfeindliche Rechte ist erneut in diese Lücke gestossen, und hat ihre Macht gestärkt.

Natalie Imboden, grüne Nationalrätin für den Kanton Bern in den Jahren 2022–2023, nahm an der Konferenz vom 23. September teil. Sie diskutierte mit uns über aktuelle Entwicklungen und teilte ihre Erfahrungen als Parlamentarierin über mögliche Synergien zwischen der Strasse und dem Plenarsaal.

Zunächst einmal bedauert sie, dass beim Thema Migration die Stimmen der Betroffenen oder der politischen Akteure, die sich ausserhalb des Parlaments befinden, nicht ausreichend zu hören sind – obwohl sie gut organisiert wären. Für die Bernerin würden es eben diese Stimmen ermöglichen, auf Probleme hinzuweisen und gemeinsam Lösungsansätze zu entwickeln.

Die Debatten an der Konferenz zeigten deutlich: Die Stimmen der Betroffenen sind durchaus vorhanden und haben etwas zu sagen. Was fehlt, ist das Zuhören. Ein Viertel der Bevölkerung hat weder das Wahlrecht noch das Recht, sich bei Wahlen aufstellen zu lassen. Diese Menschen werden nur indirekt und unvollständig vertreten. Da sie nicht wählen können, sind sie nicht unbedingt Zielpublikum von Politiker:innen. Dies wirft die Frage nach der Kompetenz des Gesetzgebers – in diesem Fall das Parlament – in dieser Entwicklung auf. Nur sehr wenige von ihnen haben Migrationsgeschichte. Sie stimmen demnach über Gesetze zu Themen ab, die sie nicht intim kennen können. Die Kluft zwischen Kompetenz und Macht geht noch weiter auf, wenn man auf die rechte Seite schaut. In den Reihen der SVP gibt es zum Beispiel keine Migrationsexpert:innen.

Um zu überzeugen, muss die SVP nicht einmal harte Fakten vorlegen; Verallgemeinerungen und ein Haufen Zahlen ohne Kontext reichen völlig aus, um die stärkste Partei des Landes zu werden.

Die rassistische Rhetorik der Rechten zu bekämpfen, ist eine langwierige Aufgabe. Nicht nur bei Volksinitiativen oder Wahlkämpfen überschreitet die SVP Grenzen und erweitert den Rahmen des Sagbaren («es kommen zu viele und nicht

«Es ist dringend notwendig, dass sich im Parlament Stimmen gegen solche fremdenfeindlichen Auswüchse erheben.»

die richtigen»). Das zeigt sich auch in den Vorlagen, die sie im Parlament einbringt. Und das betrifft auch den Rest der Rechten. Ein Beispiel ist die Behandlung von eritreischen Geflüchteten. Die FDP führt seit Jahren Krieg gegen sie, angefangen mit parlamentarischen Vorlagen, die die Gefährlichkeit des diktatorischen Regimes in Frage stellen. Bis hin zu Damian Müllers Motion, die vorschlägt, dass abgewiesene Personen nach Ruanda zurückgeschickt werden sollen. Es ist dringend notwendig, dass sich im Parlament Stimmen gegen solche fremdenfeindlichen Auswüchse erheben. Und sie müssen sich ihnen entgegenstellen, indem sie einen neuen Diskurs über Migration führen. Dieser muss klarer, realistischer und ehrgeiziger sein.

Was die Art und Weise betrifft, wie diese neue Vision der Migrationspolitik eingebracht werden kann, ist es laut Natalie Imboden wichtig zu verstehen, dass Parteien und Bewegungen unterschiedliche Rollen und Mittel haben. Um an gemeinsamen Projekten arbeiten zu können, sei eine «Übersetzung» zwischen den verschiedenen politischen Kulturen notwendig.

Diese unterschiedlichen Rollen und Mittel hat beispielsweise die Kampagne für das Referendum über die Finanzierung von Frontex deutlich gezeigt. Während die Grünen und die SP eher in der Defensive waren und zu einem «Frontex ja, aber nicht so»-Diskurs tendierten, um ihre traditionellen Wähler:innen nicht zu verärgern, waren es die Basisgruppen und das NoFrontex-Komitee, die einen ehrgeizigen Diskurs führten, indem sie die Bewegungsfreiheit für alle zur zentralen Forderung machten. Und vielleicht ist das die Rolle, die die Zivilgesellschaft in Zeiten der Normalisierung von Fremdenfeindlichkeit spielen muss: Die Bewegungsfreiheit für alle, das Ende aller Diskriminierungen aufgrund der Herkunft, mit einer radikal antirassistischen und dekolonialen Perspektive zu

zentralen Forderungen machen. In einer Art und Weise, dass die Parteien sie in den Institutionen umsetzen.

(Sg)



Die Medien

Migrantische Medienmacher:innen: politische Teilhabe erkämpfen

Im letzten Teil der Konferenz «Partizipation statt Ausgrenzung» ging es um migrantische Stimmen in den Medien. «baba news» schafft dafür ein eigenes Portal. Wir haben mit Albina Muhtari gesprochen, Chefredakteurin von baba news.

Nach wie vor wird nicht nicht mit, sondern vor allem über Migrant:innen und Migration gesprochen. Diese Lücke möchtet ihr füllen. Wie?

Wenn wir sagen, dass wir ein demokratisches Land sind und von politischer Teilhabe sprechen, sollten wir dem auch gerecht werden. Dann ist es sehr wichtig, dass Leute mit Migrationsgeschichte mitgedacht werden. Politisch gibt es dafür beispielsweise die Vierviertel-Initiative.

«Denn die Realität ist: In vielen Strukturen ist es so, dass Menschen mit Migrationsgeschichte und rassifizierten* Hintergründen ausgeschlossen sind.»

Auf medialer Ebene gibt es baba news. Denn die Realität ist: In vielen Strukturen ist es so, dass Menschen mit

Migrationsgeschichte und rassifizierten* Hintergründen ausgeschlossen sind. Gerade deshalb ist es wichtig, eine Plattform zu haben, die dem entgegenwirkt. Wir fördern die Perspektive von Innen. Aus dem Innern der migrantischen Communitys.

Wie sieht es diesbezüglich in der Medienlandschaft der Schweiz aus?

Dort bleibt viel zu tun. Wenn wir mit Redaktionen reden, dann haben sie oft Verständnis dafür, dass es im Hinblick auf die Zusammensetzung des Redaktionspersonals mehr Diversität braucht. Aber ein Blick in die Redaktionsräume zeigt, dass dieses Verständnis eher oberflächlich ist. Kürzlich besuchten wir den SRF-Publikumsrat und gaben dort ein Feedback, wie wir als migrantische Medienmachende das SRF wahrnehmen. Wir kritisierten dabei die auffällige Abwesenheit von Journalist:innen mit Migrationsgeschichte. Dagegen verteidigten sie sich, sagten sie hätten sehr wohl migrantische oder rassismusbetroffene Journalist:innen. Auf die Frage, in welchen Positionen die denn seien, nannten sie z.B. Tama Vakeesan, die

>>



im Moderator:innen-Team von Puls arbeitet. In der Tat ein gutes Beispiel. Doch dann kam der springende Punkt: die Redaktion sagte, es funktioniere super. Die Zahlen im Publikum hätten sich nicht verändert, beziehungsweise seien nicht gesunken. Das verdeutlicht doch, wie sehr die Redaktion Migration durch die Aussenperspektive betrachtet. Denn: Was hätten sie gemacht, wenn die Zahlen

«Was läuft in der Gesellschaft falsch, wenn das Publikum bei einer migrantischen Moderatorin den TV ausmacht?»

sich verändert hätten? Wenn beispielsweise wegen rassistischen Einstellungen im Publikum die Einschaltzahlen gelitten hätten? Hätte das SRF die Moderatorin dann abgesetzt? Aus einer innermigrantischen Perspektive hätte sich diese Frage so gar nicht erst gestellt – da hätte man überlegt: «Was läuft in der Gesellschaft falsch, wenn das Publikum bei einer migrantischen Moderatorin den TV ausmacht?»

Die Wahlen haben gezeigt: das Klima ist aufgeladen. Rechts dominiert den Diskurs, während Gegenstimmen oft untergehen. Der aggressive und rassistische Ton droht sich durchzusetzen...

Rechts steigt sehr aggressiv in Diskussionen ein. Das merken wir auch in unserer Arbeit, zum Beispiel bei Antirassismusworkshops in Schulen und Firmen. Dort lassen Menschen, die politisch eher rechts stehen, ihre Vorurteile oft einfach raus. Und sie bleiben vielfach unwidersprochen. Denn jene, die sich mit Rassismus und anderen Diskriminierungsformen auseinandersetzen, sind jene, die auf ihre Worte achten, die vorsichtig sind. Sie versuchen, nicht auf die Füße anderer zu stehen – aber leider auch nicht auf die Füße jener, die ihren Vorurteilen freien Lauf lassen. Ich denke, dass Menschen, die sich politisch links positionieren, viel weniger offen in Diskussionen reingehen. Das ist schade.

Gerade vor dem Hintergrund zu aktuellen Entwicklungen – Rechtsruck, Entrechtung insbesondere von Asylsuchenden, Normalisierung von rassistischen Diskursen – welche Rolle haben dabei migrantische Medienmacher:innen?

Was wir beisteuern können, ist, migrantischen Perspektiven eine Plattform zu bieten. Denn Leuten mit Migrationsgeschichte oder Rassismuserfahrungen, die in Redaktionen arbeiten, weht ein rauer Wind entgegen. Ich spürte das selber auch stark. Die Redaktion funktionierte nicht auf Augenhöhe und war nicht gewillt, betroffenen Stimmen Gehör zu schenken. Deshalb versuchen wir nun bei baba news migrantische Stimmen in den Diskurs zu befördern. Obwohl wir klein sind,

haben wir damit Erfolg. Das zeigte zuletzt auch bei der Sendung Club auf SRF zu Israel/Palästina: Es war keine einzige palästinensische Person in der Diskussionsrunde anwesend, als einziger Palästinenser wurde Ahmed Mansour kurz telefonisch zugeschaltet – eine höchst umstrittene Person. Ich meine, really? Wir haben daraufhin einen Shitstorm provoziert, der offensichtlich Druck auslöste. Plötzlich hatte ich vier verpasste Anrufe der SRF-Redaktion auf meinem Handy. Das zeigt: Wir werden schon gehört. Und ja, wir müssen leider laut sein, wenn wir dem aktuellen Diskurs entgegentreten wollen.

Und welche Aufgabe haben übrige Medien, aber auch die Politik und die Zivilgesellschaft? Denn auch da gilt: es wird vorwiegend über und nicht mit Migrant:innen gesprochen.

Sie sollen den Mund aufmachen. Und nicht auf den Eierschalen tanzen. Es braucht deutliche Worte. Das ist das, was die SVP ja ständig macht. Diesen Diskursen müssen wir die Stirn bieten. Da wird zu wenig gemacht, zu wenig vehement Gegensteuer gegeben. Es fehlen klare Positionen und der Mut, etwas anzureissen.

Fällt die gegenwärtig aufgeheizte Stimmung auch auf euch zurück?

Sehr unterschiedlich. An gewissen Tagen sehr stark, an anderen ganz anders. Wir wurden von grösseren Angriffen bisher verschont. Ich weiss von anderen: die traf es hart. Warum uns weniger? Ich weiss es nicht, vielleicht, weil wir offensiver auftreten. Für mich ist zentral: Wir wollen authentisch bleiben. Und uns vom Diskurs nicht manipulieren und schon gar nicht einschüchtern lassen.

Interview geführt von (Ln)

* «Rassifizierung» bezeichnet den Prozess, «der Menschen nach tatsächlichen oder zugeschriebenen Merkmalen kategorisiert, stereotypisiert und sie aufgrund dieser Merkmale hierarchisiert».



Getötet durch die Polizei

Gerechtigkeit für Nzoy

Am 21. Oktober zogen über 1000 Menschen durch die Strassen von Zürich. «Gerechtigkeit für Roger Nzoy» forderten sie. Vor über zwei Jahren, am 30. August 2021, wurde der Zürcher in Morges von der Polizei erschossen. Seither kämpfen Angehörige zusammen mit solidarischen Menschen für Aufklärung und Gerechtigkeit. Prozesse zu rassistischer Polizeigewalt sind langwierig und aufreibend. Das bestätigt sich auch in diesem Fall. Die involvierten Polizist:innen sind nach wie vor im Dienst. Die Staatsanwaltschaft des Kantons Waadt ermittelt nur zögerlich, überlässt Aufklärungsarbeit und die Suche nach Zeug:innen den Angehörigen. Und fördert damit deren Schmerz. Beim Start zur Demonstration lesen die Veranstalter:innen eine Liste mit Namen vor, die seit den späten 90ern bei Polizeieinsätzen oder im Gefängnis starben. Das Vorlesen dauert vier Minuten 26 Sekunden. Es fühlt sich an wie eine Ewigkeit. Nach dem sie auf ihn schossen, liessen die Polizist:innen Nzoy über vier Minuten liegen, bevor Erste Hilfe geleistet wurde, schreibt das Bündnis in einer Chronologie auf ihrer Webseite: «Sie untersuchen Nzoy, der angeschossen am Boden liegt, mit ihren Füßen. Sie fesseln ihn während einer Minute mit Handschellen.

«Die Angehörigen und das Bündnis und die vielen Unterstützer:innen machen an diesem Tag klar: Sie werden keine Ruhe geben und gemeinsam weiter für Aufklärung kämpfen.»

Sie laufen umher. Ziehen ihre Handschuhe aus und wieder an. Sie laufen im Kreis.» Doch Hilfe leisteten sie erst, als ein vorbeigehender Krankenpfleger zu Hilfe eilt. Die Angehörigen und das Bündnis und die vielen Unterstützer:innen machen an diesem Tag klar: Sie werden keine Ruhe geben und gemeinsam weiter für Aufklärung kämpfen. Für Nzoy und um der Straflosigkeit rassistischer Polizeimorde gemeinsam entgegenzutreten.

(Ln)

Infos zum Bündnis:

<https://justice4nzoy.org/>

Das Bündnis ist auf finanzielle Unterstützung angewiesen!

Spendenkonto: CH84 0900 0000 1598 6879 6

Hinschauen bei rassistischer Polizeigewalt, Zürich



Sosf-Webseite in neuem Glanz

Gut Ding will Weile haben. Nach diesem Motto nahmen wir vor weit über einem Jahr ein neues Projekt in Angriff: Die zwar informative aber etwas in die Jahre gekommene Sosf-Webseite sollte

«Was denken Sie, liebe Leser:innen? Wir freuen uns über ehrliche Rückmeldungen.»

ein neues Gewand erhalten. Es ging aber nicht nur darum, die Webseite neu zu gestalten, sondern auch das sogenannte CMS, das Erfassungssystem, zu aktualisieren. Dafür arbeiteten wir mit zwei bewährten Partner:innen zusammen: mit Graziella Bärtsch, die Sosf in allen visuellen Belangen seit einigen Jahren prägt und mit Luca Obertüfer, der für die technische Herausforderung verantwortlich

war. Schon früh wurde klar: Das wird länger dauern als erwartet, weil damit auch die Newsletter-Struktur, Bezahloptionen und vieles mehr erneuert werden musste. Diesen Prozess haben wir nun

endlich abgeschlossen. Wir sind sehr zufrieden mit dem Resultat. Was denken Sie, liebe Leser:innen? Wir freuen uns über ehrliche Rückmeldungen.

Dieser Prozess ist kaum sichtbar, aber kostet viel Zeit und Geld. Deshalb freuen wir uns sehr über jegliche Art der finanziellen Unterstützung mit dem Vermerk «Webseite».

(Ln)

Nachtrag zur Parlamentarischen Initiative «Armut ist kein Verbrechen»

In der Sommersession haben beide Kammern des Schweizer Parlaments der Parlamentarischen Initiative «Armut ist kein Verbrechen» zugestimmt. Diese will erreichen, dass Ausländer:innen nach einem Aufenthalt von zehn Jahren nicht mehr wegen des Bezugs von Sozialhilfe aus der Schweiz weggewiesen werden können, ausser sie haben ihre Notlage «mutwillig herbeigeführt oder unverändert gelassen». Die Zustimmung beider Räte kam dank einer Allianz von SP, Grünen und der Mitte gegen den Willen von FDP, SVP und GLP zustande. Die Staatspolitische Kommission des Nationalrats muss nun bis spätestens im Sommer 2025 einen

Vorschlag für die Änderung der Artikel 62 und 63 des AIG vorlegen. Danach debattieren die Vorlage zuerst der Ständerat und anschliessend der Nationalrat. Ob die Änderung schliesslich durchkommt, ist wegen der knappen Mehrheitsverhältnisse nicht sicher.

(Pf)

Migrationspolitischer Herbst in Bern

Einmal mehr lieferte die Herbstsession des Schweizer Parlaments Beispiele für die Angst vor der SVP in der Migrationspolitik.

Zuerst hat der Ständerat eine weitherum gewünschte Änderung des Ausländer- und Integrationsgesetz (AIG), die von Seiten der FDP angestossen wurde, an den Bundesrat zurückgeschickt. Geplant war, den Aufenthalt von hochqualifizierten Ausländer:innen aus «Drittstaaten» zu erleichtern, die einen

Nationalrats eine an sich beschlussreife Vorlage zur Erleichterung des Familiennachzugs von Schweizer:innen auf die lange Bank geschoben. Seit Jahren sind Schweizer:innen beim Familiennachzug ihrer Angehörigen, die aus Drittstaaten stammen, gegenüber EU/EFTA-Staatsangehörigen schwer benachteiligt. So

Am 27. September 2023 haben dann beide Räte auf Antrag der SVP eine ausserordentliche Session zu «Zuwanderung und Asyl» durchgeführt. Die dafür eingereichten SVP-Anträge hatten in beiden Räten keine Chance. Den teilweise ausführlichen und menschenverachtenden Voten der SVP wurde jedoch nur zögerlich widersprochen. Das geht vermutlich auf Wahlkalkül zurück: Die SVP hatte die ausserordentliche Session durchgesetzt. SP und Grüne wollten die Bühne dafür vor den Wahlen möglichst klein halten. Ob diese Rechnung aufgeht, ist nicht klar. Fest steht nur, dass ein mutigeres, differenzierteres «Halt, Stopp» bei der Asylbewegung grösseren Widerhall gefunden hätte. Denn die ehrfürchtige und voraus-eilende Haltung der Parlamentsmehrheit vor der SVP verhindert angemessene und gerechte Reformschritte.

(Hg)

«Fest steht nur, dass ein mutigeres, differenzierteres «Halt, Stopp» bei der Asylbewegung grösseren Widerhall gefunden hätte.»

schweizerischem Hochschulabschluss erworben haben. Dies könnte den ständig beschworenen Fachkräftemangel möglicherweise etwas lindern. Dennoch überwog im Ständerat offenbar die Angst vor einer Propagandaschlacht der SVP kurz vor den Wahlen. Ob das Geschäft vom Bundesrat nochmals lanciert wird, ist unsicher.

Wohl aus den gleichen Gründen, nämlich um der SVP keine Bühne zu bieten, hat die Staatspolitische Kommission des

gelten z.B. für Eingebürgerte, die ihr Kind oder ihre Ehefrau in die Schweiz bringen möchten, strenge Nachzugsfristen, während EU/EFTA-Staatsangehörige an diese nicht gebunden sind. Das Bundesgericht hat diese Ungleichbehandlung schon vor Jahren kritisiert, aber eine Praxisänderung mit dem Hinweis auf das geltende Gesetz, das vom Parlament geändert werden müsse, verweigert. Ob diese Vorlage nach den Wahlen noch durchkommt, ist ebenso unklar.

Frontex, das Gespenst der Verschwundenen von Marie-Claire Caloz-Tschopp

Den Untergang verweigern und weiterkämpfen: Eine philosophische Betrachtung

Marie-Claire Caloz-Tschopp ist Philosophin. Sie war Professorin an den Universitäten Lausanne und Genf, wo sie politische Theorie unterrichtete. Gerade die Migrationspolitik hat einen grossen Teil ihres Werks und ihrer Vorträge am Collège international de Philosophie, wo sie Programmdirektorin war, inspiriert. Sie verfeinerte unter anderem Konzepte wie das «Désexil» oder die «politische Gastfreundschaft» über Jahre hinweg.

europäische Polizei mit einem mehr als paradoxen Mandat beschreibt: «schützen, kontrollieren, abschieben».

Diese nihilistische Politik, die nicht nur für Grundrechtsverletzungen, sondern sogar für Verbrechen gegen die Menschlichkeit verantwortlich ist, ist ein langfristiges Unterfangen, das darauf abzielt, unerwünschte Personen auf europäischem Boden verschwinden zu lassen. In einem Kapitel, an dem Sösf

Die Lektüre von Marie-Claire Caloz-Tschopps Buch erfordert zwar manchmal etwas Durchhaltevermögen, da ihre Gedanken so zahlreich wie umtriebig sind, aber sie ermöglicht es dennoch, einen Schritt zurückzutreten und unsere Kämpfe als Ganzes und in ihrer Vernetzung zu betrachten. Caloz-Tschopp berichtet auf akademische Weise, was die tägliche Arbeit als Aktivistin offenbart: Selbst wenn die Erfolgsaussichten schlecht sind, selbst wenn sich in den nächsten Jahren oder Jahrzehnten keine günstigen Veränderungen abzuzeichnen scheinen, bedeutet resignieren, aufgeben, nicht mehr kämpfen, zu verschwinden. Gegen Grenzen zu kämpfen, sei es, indem man sie trotzdem überwindet oder indem man ihre zerstörerische Funktion aufzeigt, bedeutet demnach, weiter existieren zu wollen, nicht zu akzeptieren, dass man verschwindet.

(Sg)

«Selbst wenn die Erfolgsaussichten schlecht sind, selbst wenn sich in den nächsten Jahren oder Jahrzehnten keine günstigen Veränderungen abzuzeichnen scheinen, bedeutet resignieren, aufgeben, nicht mehr kämpfen, zu verschwinden.»

Marie-Claire Caloz-Tschopp, langjährige Weggefährtin von Sösf und vehemente Gegnerin des Dublin-Regimes, greift in ihrem neuesten Buch die europäische Grenzschutzagentur Frontex an. Für «Frontex, das Gespenst der Verschwundenen. Politischer Nihilismus an den Grenzen» zitiert sie unter anderem Rosa Luxemburg, Hanna Arendt, Michel Foucault, Albert Camus und Étienne Balibar, um eine Kritik an der Festung Europa und der immer repressiveren Rolle dessen zu entwickeln, was sie als eine

das Privileg hatte, einen Artikel beizusteuern, schaut die Autorin auf den Widerstand. Dabei stellt sie den Kampf der Mütter auf der Plaza de Mayo in Argentinien, das Bergen der Leichen von Schiffbruchopfern, um ihnen ein Begräbnis zu ermöglichen, und das Referendum gegen die Finanzierung von Frontex in der Schweiz im vergangenen Jahr in eine Reihe. Für die Philosophin sind diese Aktionen insofern miteinander verbunden, als dass sie alle anti-nihilistische Praktiken darstellen.

Das Buch von Marie-Claire Caloz-Tschopp ist im Verlag L'Harmattan erschienen. Im Rahmen eines Sonderangebotes kann es zum Preis von 20 CHF beim Sösf-Sekretariat bestellt werden: sekretariat@sosf.ch.

IMPRESSUM

BULLETIN

SOLIDARITÉ SANS FRONTIÈRES

erscheint viermal jährlich

ISSN 2673-768X

Auflage dieser Ausgabe

2500 deutsch / 600 französisch

Beglaubigte Auflage WEMF

2216 deutsch / 526 französisch

Gestaltung und Satz

Graziella Bärtsch und Moana Bischof

Druck und Versand

selva caro druck ag, Flims Waldhaus

Redaktion

Lorenz Naegeli (Ln), Sophie Guignard (Sg), Peter Frei (Pf), Kiri Santer (Ks)

Übersetzungen

Sösf

Lektorat **Olivier von Allmen, Sösf**

Fotos

Eric Roset

Redaktionsschluss für die nächste Ausgabe
28. Dezember 2023

Wir behalten uns vor, Leser:innenbriefe zu kürzen

Mitgliederbeitrag 2023 inkl. Abo:

Verdienende Fr. 70.– / Paare Fr. 100.– /

Nichtverdienende Fr. 30.– /

Organisationen Fr. 120.–

Abo

Einzelpersonen Fr. 30.– / Organisationen

Fr. 50.–

Herausgeberin

Solidarité sans frontières

Schwanengasse 9

3011 Bern

(Zusammenschluss AKS/BODS)

Fon 031 311 07 70

sekretariat@sosf.ch

www.sosf.ch

PC-Konto 30-13574-6

IBAN CH03 0900 0000 3001 3574 6

BIC POFICHBEXXX

Dem Migrationsregime entgegentreten

Samson Yemane, antirassistischer Politiker

«Als das Schweizer Parlament 2015 beschloss, die Ausreise aus Eritrea aufgrund des Militärdienstes nicht mehr als Asylgrund anzuerkennen, hat mich das sehr geprägt», erzählt Samson Yemane, während er die Wendepunkte seiner politischen Biografie detailliert beschreibt.

Es ist nicht sehr überraschend, dass ihn die x-te Verschärfung der Asylpolitik, von der seine eigene Gemeinschaft betroffen ist, sehr bewegt hat. Samson erzählt seinen eigenen Migrationsweg mit einer gewissen Scham. Sie steht im Gegensatz zum Inhalt seiner Erzählung, die erschütternd ist, weil sie an die Schwierigkeiten des Exils erinnert: «Mein Migrationsweg war ‚einfach‘, weil ich aus einer bürgerlichen Familie komme», sagt er. 2002 verliess er Eritrea mit seinen Eltern und Geschwistern. Samson ist zu diesem Zeitpunkt neun Jahre alt. «Meine Eltern waren engagierte, pro-demokratische Gegner des Regimes. Als die Diktatur eingeführt wurde, fanden sie sich an vorderster Front der politischen Unterdrückung wieder». Also beschlossen sie, das Land zu verlassen. Die Familie Yemane zog in den benachbarten Sudan mit dem Plan, sich mit Verwandten in Schweden zu treffen. «Als sie ins Flugzeug steigen wollten, wurden meine Eltern von der Grenzpolizei angehalten, die uns nach Eritrea zurückschicken wollte», fährt er fort. Es gelang ihnen zu fliehen. Es folgten Monate in grosser Unsicherheit, die Kinder gingen nicht mehr zur Schule und die Angst wuchs, erneut verhaftet zu werden, da seine



Eltern nun gesucht wurden. Es scheint nur eine Lösung zu geben: Sie müssen den Sudan verlassen und illegal nach Libyen einreisen.

Für Samson ist die Durchquerung der Wüste bis heute das traumatischste Erlebnis. In Libyen gibt es Echos auf eine Realität, die immer noch grassiert: «Ich erlebe den Rassismus gegen Schwarze in Libyen frontal», sagt er. Die Überquerung des Mittelmeers erfolgt mit einem behelfsmässigen Boot. Sie kommen in Lampedusa an, wo «die Aufnahmepolitik völlig chaotisch ist». Die Familie schafft es, nach Schweden zu gelangen; «Ich beginne sehr schnell mit der Schule. Wir bleiben ein Jahr. Für uns war

es klar, dass wir uns dort niederlassen würden». Doch Leider erfahren sie Dublin. Die Familie wird nach Italien zurückgeschickt und schläft in besetzten Häusern. Schliesslich gelingt es ihnen, in die Schweiz zu reisen, wo sie 2007 eine B-Bewilligung erhalten. Samson kann endlich die Schule besuchen, dann das Abendgymnasium. Dann schliesst er sein Universitätsstudium in Politikwissenschaften ab.

Seitdem steht die Migration im Mittelpunkt seines Engagements. Er engagiert sich an der Universität in

ANZEIGEN

widerständiger rückblick
auf eine woche voller
rassismus:
antira-wochenschau
abonnieren auf
antira.org

wir drucken
Klimaneutral

für den wald.

umweltbewusster druck und klimaschutz ist uns ein anliegen.
ihr produkt wird bei uns klimaneutral gedruckt und
auf Wunsch mit dem label von climatepartner versehen.
so engagieren auch sie sich für nachhaltigkeit und klimaschutz.

selva caro druck
die kleine druckerei inmitten der natur

rudi dadens 6 7018 flims t 081 911 22 55 mail@selvacaro.ch www.selvacaro.ch

Vereinen und tritt schliesslich der Sozialdemokratischen Partei bei. Seit 2021 ist er Gemeinderat in Lausanne. «Meine familiäre Politisierung hat eine grosse Rolle gespielt», sagt er, bevor er die Asylpolitik in der Schweiz als

«Es scheint nur eine Lösung zu geben: Sie müssen den Sudan verlassen und illegal nach Libyen einreisen.»

«sehr willkürlich» und das europäische Migrationsregime als «problematisch und oft im Widerspruch zu den Grundsätzen der Menschenrechte und der Flüchtlingskonvention von 1951» beschreibt.

Heute setzt sich Samson Yemane für abgewiesene Asylsuchende ein, «die man in der Wildnis zurücklässt, ohne Sozialleistungen, ohne Betreuung, während man gleichzeitig verlangt, dass sie sich integrieren». Er wendet sich gegen die Fremdenfeindlichkeit der Rechten, die durch die jüngste Motion Müller verkörpert wird, der die Abschiebung von abgewiesenen Eritreern in ein Drittland wie Ruanda fordert. Die zunehmende Auslagerung von Asylverfahren sei «skandalös und heuchlerisch».

In Zukunft möchte er sich stärker für die Integration und gegen rassistische Diskriminierung einsetzen. Auf kommunaler Ebene plädiert er für ein Forum von Vereinen mit Migrationshintergrund und für eine City Card.

«Heute setzt sich Samson Yemane für abgewiesene Asylsuchende ein, «die man in der Wildnis zurücklässt, ohne Sozialleistungen, ohne Betreuung, während man gleichzeitig verlangt, dass sie sich integrieren.»

Gegen rassistische Diskriminierung spricht Samson von der Notwendigkeit, die Betroffenen stärker einzubeziehen. Sein Fazit: «Man hört viel die Stimmen von hochgebildeten Menschen wie mir. Aber es sind diejenigen, die keinen Zugang zu Institutionen, Arbeit und dem Bildungssystem haben, die den Rassismus mit voller Wucht zu spüren bekommen. Diese Menschen müssen mehr Raum in der öffentlichen Debatte erhalten – genauso wie die Stimmen der Minderheit, wie die von rassifizierten Frauen oder älteren Menschen».

(Ks)

Agenda

Aktionstage: 16 Tage gegen Gewalt an Frauen

25. NOVEMBER BIS 10. DEZEMBER 2023
IN DER GANZEN SCHWEIZ

Die Präventionskampagne «16 Tage gegen Gewalt an Frauen» findet jährlich vom 25. November bis 10. Dezember statt. Während der 16 Aktionstage wird geschlechtsspezifische Gewalt in Podiumsdiskussionen, Theatern, Selbstverteidigungskursen, Workshops oder Strassenaktionen schweizweit thematisiert.

Infos unter: <https://www.16tage.ch/d>

Onlineveranstaltung: #StopDublinKroatien

29. NOVEMBER 2023, 18.30 UHR
(EN FRANÇAIS: 30.11.2023, 18.30 UHR)

Die politische Sekretärin von Sosf, Sophie Guignard, stellt den die wichtigsten Ergebnisse und Eindrücke der von Sosf durchgeführten Reise nach Kroatien vom Juni dieses Jahres dar. Den vollständigen Bericht kann beim Sekretariat bestellt oder auf der Webseite heruntergeladen werden. Anmeldungen bis zum 27.11.2023 an: sekretariat@sosf.ch

Filmvorführung und Infoveranstaltung: «Rechtliche Perspektiven bei illegalen Pushbacks»

9. DEZEMBER 2023, 13.30 UHR
KINO XENIX, KANZLEISTRASSE 52, ZÜRICH

Screening vom animierten Dokumentarfilm FLEE. Input von Vertreter:innen des Legal Center Lesbos und von Watch the Med Alarm Phone. Zudem Präsentation des «Pushback Litigation Support Fund». Der hat zum Ziel, Verfahren gegen Rechtsverletzungen zu unterstützen.

Veranstaltet von den Demokratischen Jurist:innen Zürich.

Mehr Infos:

<https://www.djs-jds.ch/de/zh/aktuell-zh>